

NAMEN & NACHRICHTEN

Bloß nicht jammern!

Simone Menne wird nun doch nicht CEO und freut sich

30 Unternehmen sind im Aktienindex Dax gelistet, der Königsklasse der deutschen Wirtschaft. Aber kein einziges von ihnen hat eine Frau an der Spitze. Die größten Hoffnungen, dass sich dieser Zustand bald ändern möge, machte Freunden der Gleichberechtigung zuletzt **Simone Menne**: Die Kielerin, geboren 1960, hatte bei der Lufthansa eine pfeilgerade Karriere bis auf den Posten des Finanzvorstands (CFO) hingelegt und auch noch öffentlich Ansprüche auf Höheres angemeldet: auf den Vorstandsvorsitz (CEO). „Natürlich traue ich mir die Position als CEO zu“, sagte sie vor knapp zwei Jahren im Gespräch mit der F.A.S. Bei derselben Gelegenheit wagte sie auch einen Tipp: 2017 werde der erste Dax-Konzern eine Frau zur Chefin küren.



Einmal Finanzchefin, immer Finanzchefin? Simone Menne. Foto: Frank Röh

Wer darauf jetzt noch wettet, muss ziemlich mutig sein. Denn Simone Menne ist im vergangenen Herbst von der Lufthansa, wo am sechs Jahre jüngeren Vorstandsvorsitzenden **Carsten Spohr** kein Vorbeikommen war, als Finanzchefin zur Pharmafirma Boehringer Ingelheim gewechselt. Aus der Luftfahrt mit ihrem Duft der großen weiten Welt in die Niederungen der Tablettenproduktion, aus einem Dax-Konzern in ein Familienunternehmen mit nur noch halb so vielen Mitarbeitern. Überdies scheint ausgeschlossen, dass Menne wenigstens dort nach ganz oben aufsteigen wird, auch wenn sie sich flugs in die neue Materie eingearbeitet hat – schon gehen ihr die Kennzahlen zu Krebsmedikamenten und Schweineimpfstoffen genauso flüssig über die Lippen wie einst die Ergebnisse von Luftfracht und Business Class. Schnelligkeit allein entscheidet in Familienunternehmen aber nicht; gerade erst hat die Boehringer-Familie einen CEO aus den eigenen Reihen installiert, **Hubertus von Baumbach**, auch er jünger als Menne.

Einen Rückschritt für die eigene Karriere will sie trotzdem partout nicht erkennen. „Frauen, hört auf zu jammern“, hatte sie schließlich schon früher gefordert, ganz im Ton von Facebook-Star **Sheryl Sandberg**. „Nach 27 Jahren bei der Lufthansa kam ich doch nur für Fluggesellschaften als Vorstandsvorsitzende in Frage“, sagt sie nun. „Wenn ich Erfahrungen in einer anderen Branche gesammelt habe, dann kann ich auch anderswo CEO werden.“ Und überhaupt: Die Lufthansa habe zwar mehr Mitarbeiter und Umsatz, aber beim Gewinn liege Boehringer vorn. Und während Mennes persönliche Theorie der Beförderungschancen nicht jeden überzeugen muss, ist an den nackten Zahlen nicht zu rütteln: Die Lufthansa hat für 2016 schlappe 1,8 Milliarden Euro Gewinn gemeldet, Boehringer Ingelheim dagegen 2,9 Milliarden Euro. Von wegen Abstieg! *lzt.*

Was haben Tierfreunde gegen Nestlé?

Eigentlich ist es eine Erfolgsmeldung: Der Weltkonzern Nestlé übernimmt eine kleine, erfolgreiche Firma für hochwertiges Tierfutter aus München. Doch nun kämpft die Gründerin und Chefin von Terra Canis mit einem Shitstorm. **Birgitta Orna** ist 40 Jahre alt, Ex-Model und Hundefreundin. 30 Mitarbeiter hat sie, 20 Millionen Euro Umsatz sind für 2017 geplant. Orna hat selbst eine Hündin namens Minou. Vor einigen Jahren fing sie an, fürs Tier zu kochen – die Idee für Terra Canis war geboren. Zusammen mit einer Münchner Metzgerei stellt sie seit 2005 Hunde- und Katzenfutter in Lebensmittelqualität her (etwa Lamm mit Zucchini, Hirse und Dill) und verkauft es über Fachhändler und das Internet.

Das Geschäft mit hochwertiger Tiernahrung läuft gut, das weiß auch Nestlé. Der Preis für Terra Canis ist ein Geheimnis, aber die Münchner Firma bleibt eigenständig, heißt es. Die Übernahme soll Terra Canis internationaler machen und Wachstum bringen. Doch Nestlé hat einen miesen Ruf, vor allem

bei Umweltfreunden. Im Netz machen die Kunden von Terra Canis ihrem Misstrauen gegen den Großkonzern Luft und drohen, ihr Kundenkonto zu löschen. Orna verspricht, die Bedenken ernst zu nehmen: „Unsere Dosen werden weiterhin in der Metzgerei produziert.“ *jet.*



Für den kultivierten Hund gibt es bei Birgitta Orna Lamm mit Zucchini. Jan Roeder

Ein Denkmal für Steve Jobs

Das Raumschiff ist in Cupertino gelandet. In diesem April beginnt der vieldiskutierte Umzug des Technologiekonzerns Apple in seinen neuen Firmensitz im Silicon Valley. Der „Apple Park“ mit einer riesigen Fassade aus Glas wirkt von außen wie eine fliegende Untertasse aus der Zukunft. Gleichzeitig ist der Neubau das letzte Vermächtnis von Firmengründer Steve Jobs. Kurz vor seinem Tod im Jahr 2011 gab er den Bau des neuen Firmensitzes bekannt und veröffentlichte die Pläne. Etwa 12000 Mitarbeiter sollen dort künftig arbeiten. Jobs selbst hoffte, dass der „Apple Park“, wie es beim Unternehmen

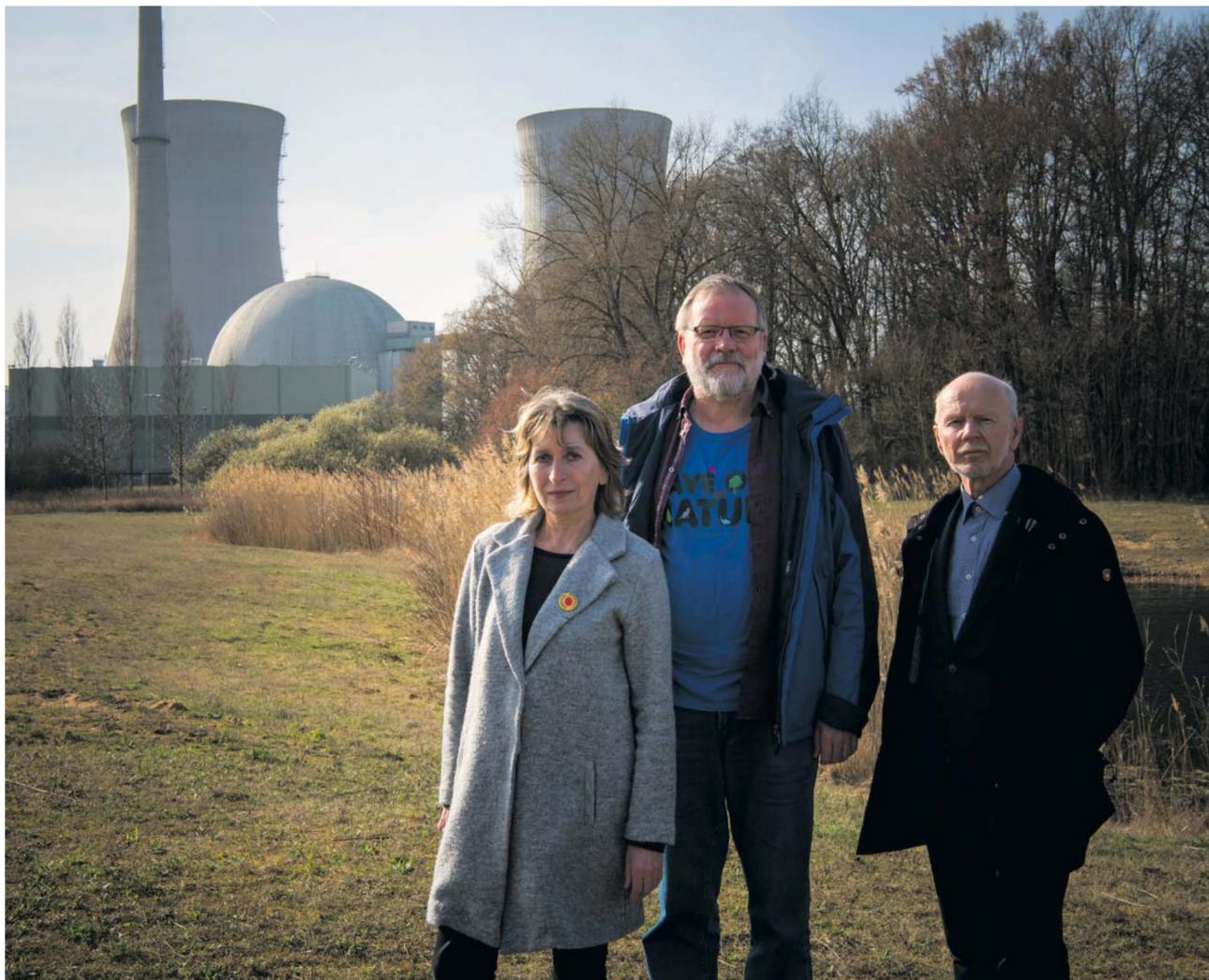
blumig heißt, zur „Heimat der Innovationen“ wird.

Zum Gedenken an den legendären Firmenchef wird es auf dem Gelände auch einen zentralen Versammlungsort geben, das „Steve Jobs Theater“. Es liegt am höchsten Punkt des Parks, und der Eingang ist ein sechs Meter hoher Glaszylinder mit einem Durchmesser von 50 Metern. Im Innern bietet das Auditorium Platz für 1000 Menschen. Bis dort die ersten Apple-Events stattfinden, dauert es aber noch etwas. Das Theater soll erst im Laufe des Jahres eröffnen. Insgesamt kostet Apple der neue Hauptsitz etwa fünf Milliarden Dollar. *lten.*



Der Eingang zum „Steve Jobs Theater“

Foto: AP



Babs Günther, Edo Günther und Herbert Wiener (von links) vor dem Kernkraftwerk Grafenrheinfeld in Bayern. Dessen Rückbau wollen sie zur Not vor Gericht verhindern. Foto: Tobias Schmitt

Als es endlich so weit war, haben Babs und Edo Günther zur Feier des Tages gepicknickt. Auf einer Wiese am Main zwischen Schweinfurt und Würzburg, gleich neben den beiden 140 Meter hohen Kühltürmen, nur durch einen Stacheldrahtzaun vom Kraftwerksgelände getrennt. Mehr als ein Vierteljahrhundert lang hatten die Atomkraftgegner bis zu diesem Tag für die Abschaltung des Kernkraftwerks im fränkischen Grafenrheinfeld gekämpft. Am Abend des 27. Juni 2015 glaubten sie sich am Ziel: 33 Jahre nach seiner Inbetriebnahme ging das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld, das hier alle nur KKG nennen, vom Netz.

Knapp zwei Jahre später ist die Freude der Atomkraftgegner einem ganz anderen Gefühl gewichen: Sie haben wieder Angst. Jetzt allerdings nicht mehr vor dem Betrieb, sondern vor dem Abriss des Kraftwerks. Sie fürchten, dass der dabei entstehende Bauschutt radioaktiv ist, aber trotzdem zu Schotter für den Straßenbau zerkleinert werden oder auf normalen Mülldeponien landen soll. Für Babs und Edo Günther und ihre Mitstreiter aus Unterfranken steht deshalb fest: KKG darf nicht wie geplant abgebaut werden.

Die Betreibergesellschaft Preussen-Elektra, die Kernenergie-Sparte des Energieversorgers Eon, will KKG dagegen so schnell wie möglich in seine Einzelteile zerlegen, um das Gelände danach anders zu nutzen oder zur grünen Wiese zu machen. Rund 10 Milliarden Kilowattstunden Strom im Jahr hat KKG mit seinem Druckwasserreaktor einst geliefert, genug Elektrizität für rund 2 Millionen Privathaushalte. Aber die Zeiten sind vorbei. Nun gilt es rund 330 000 Tonnen Schutt zu beseitigen – allein für das nukleare Herzstück der Anlage, der Verwaltungsblock, das Pfortnerhäuschen und andere Nebengebäude sind da nicht mitgerechnet. Von diesem Schuttberg muss nach der geltenden Gesetzeslage nur ein kleiner Teil, rund 3500 Tonnen, als schwach- und mittelradioaktiver Abfall im Endlager Konrad entsorgt werden, einem stillgelegten Bergwerk bei Salzgitter.

Der größte Rest sind Bauteile, die entweder nie oder nur sehr wenig mit Radioaktivität in Berührung gekommen sind. Das Atomrecht erlaubt, dass sie wiederverwertet oder auf einer gewöhnlichen Mülldeponie entsorgt werden können, wenn ihre Strahlenbelastung höchstens bei 10 Mikrosievert im Jahr liegt. Das entspricht der Strahlendosis, der jeder Passagier bei einem Flug von Frankfurt nach New York ausgesetzt ist. Radioaktiv sind nämlich nicht nur Reaktorabfälle, sondern auch viele Stoffe in der Natur. So kommt es, dass jeder Deutsche im Jahr einer durchschnittlichen Strahlenbelastung von 2,4 Millisievert ausgesetzt ist, also mehr als dem Zweihundertfachen des Grenzwerts, der für den Schutt von KKG und anderen Kernkraftwerken gilt.

Das wissen Babs und Edo Günther, die Eheleute und Atomkraftgegner aus

Nicht ohne mein AKW

Jahrzehnte haben Aktivisten gegen das Kernkraftwerk in Grafenrheinfeld gekämpft. Jetzt soll es abgerissen werden. Doch die Atomkraftgegner sind dagegen.

Von Ruth Herberg

Unterfranken. Aber beruhigen lassen sie sich davon nicht. Babs Günther, Sozialpädagogin und Mutter von drei Kindern, war eine der Ersten, die für die Abschaltung von KKG gekämpft hat, seit den achtziger Jahren ist sie in der Anti-Atom-Bewegung aktiv. Heute ist sie die Sprecherin des Schweinfurter Aktionsbündnisses gegen Atomkraft (SWAB), in dem der Großteil der Atomkraftgegner aus der Gegend organisiert ist. Und sie ist überzeugt davon, dass sich die Strahlenbelastung in der Umwelt drastisch erhöhen wird, wenn Bauteile aus dem Atomkraftwerk auf einer gewöhnlichen Müllkippe landen sollten. „Die Vorstellung macht Angst“, sagt sie. „Es wird immer so dargestellt, dass Radioaktivität unterhalb der Schwelle nicht gefährlich ist. Das ist schlicht und einfach falsch.“

Seit 1962 wird in Deutschland Atomstrom erzeugt. Spätestens 2022 ist damit Schluss, dann sollen die letzten Meiler vom Netz gehen, so hat es die Bundesregierung nach dem Reaktorunfall im japanischen Fukushima im März 2011 beschlossen. Heute sind nur noch acht von ehemals 33 deutschen Kernkraftwerken in Betrieb, die anderen sollen so schnell wie möglich verschwinden. So jedenfalls hätten es die Regierung und die Betreiber am liebsten. Nur nicht die Atomkraftgegner, ob in Grafenrheinfeld oder an anderen Kraftwerkstandorten. Sie fordern, erst einmal Alternativen zum geplanten Rückbau zu prüfen. Denn die sogenannte Freimessung von Bauteilen aus den Kraftwerken, also die Überprüfung, ob diese Teile den Grenzwert von 10 Mikrosievert einhalten oder nicht, lehnen sie prinzipiell ab. Der Schutt, der mit weniger als einem Zweihundertstel der natürlichen Radioaktivität belastet ist, müsse von der Umwelt abgeschirmt werden, so weit es nur irgend möglich sei.

Das Kraftwerk, sagt Babs Günther in Grafenrheinfeld, dürfe deshalb keinesfalls wie geplant abgerissen werden. „Sonst ist Radioaktivität vollkommen unkontrolliert um uns herum.“ Aber was

wäre die Alternative dazu? Ihr Mann, zugleich Kreisgruppenvorsitzender des Bunds Naturschutz in Bayern, kommt auf eine Lösung immer wieder zu sprechen: „Man entkernt das AKW, schafft alle hochradioaktiven Teile raus und nutzt die vorhandenen Kapazitäten dann zur Lagerung der Reste.“ Das sei für den Schutz von Umwelt und Bevölkerung am besten.

So werden aus Atomkraftgegnern Atomkraftwerkabrissegegner. Ausgerechnet ihr altes Feindbild haben sie als neuen Verbündeten identifiziert. Wenn es so käme, wie Edo Günther vorschlägt, würde Grafenrheinfeld sein Wahrzeichen mit den beiden Kühltürmen noch lange behalten: Erst nach 200 oder 300 Jahren, sagt Günther, hätte sich die Strahlenbelastung so weit verringert, dass die Bauteile tatsächlich ohne Bedenken zu Schotter zermahlen oder auf der Müllkippe vergraben werden könnten.

Fragt man Wissenschaftler, halten sie die Angst der Atomkraftgegner vor dem Bauschutt indes für unbegründet. „Der Großteil der Materialien sind Betonhüllen, die während der Betriebszeit nie mit radioaktiven Stoffen in Berührung kommen“, sagt etwa Boris Brendebach. Der Physiker leitet das Fachgebiet „Stilllegung“ bei der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS), einer Sachverständigenorganisation, die unter anderem die Europäische Kommission, das Umweltbundesamt und verschiedene Ministerien berät. „Den Schluss, zu sagen, das muss alles radioaktiver Abfall sein, finde ich aus fachlicher Sicht abwegig.“

Trotzdem haben 800 Bürger im vergangenen Jahr beim bayerischen Umweltministerium gegen den Fahrplan für den Rückbau von KKG protestiert. Damit es recht viele wurden, haben die Günthers und ihre Mitstreiter aus dem Aktionsbündnis ein Musterschreiben ins Netz gestellt, das man bloß noch unterschreiben musste. Im Oktober kam es zum Showdown, dem im Genehmigungsverfahren vorgesehenen mündli-

chen Erörterungstermin. Aus den 800 Eingaben hatte das Umweltministerium vorab eine Liste von 113 Kritikpunkten für die Diskussion erstellt. Eine Auswahl: Die Werksfeuerwehr dürfe nicht abgeschafft werden. Das Zwischenlager am Standort sei zu unsicher. Und der Atommüll dürfe nicht auf der Straße, sondern nur auf dem Main abtransportiert werden.

Rund achtzig Leute kamen zu dem Termin in die Kulturhalle von Grafenrheinfeld, auf dem Podium saßen in einer langen Reihe die Vertreter der Behörden und des Betreibers Preussen-Elektra. Doch die Diskussion verlief anders, als die Atomkraftgegner sie sich vorgestellt hatten. „Unsere Fragen wurden nur oberflächlich beantwortet, entweder hatten sie keine Antworten auf unsere Fragen, oder sie wollten nicht damit rausrücken“, schimpft Babs Günther. „Der Erörterungstermin hat seinen Namen nicht verdient“, pflichtet ihr Herbert Wiener bei, der für die SPD im Schweinfurter Stadtrat sitzt und sich ebenfalls im Aktionsbündnis engagiert. Der Bund Naturschutz verließ im Protest gegen die Veranstaltung sogar den Saal.

Bei Preussen-Elektra weist man die Vorwürfe erwartungsgemäß zurück: Es liege in der Natur der Sache, dass viele Fragen zurzeit noch nicht detailliert beantwortet werden könnten. Der Rückbau, versichert die Firma, werde jedoch genauso sicherheitsorientiert betrieben wie einst die Anlage.

Anfang 2018 könnte das Umweltministerium den Rückbau genehmigen. Die Schweinfurter Atomkraftgegner rüsten sich schon einmal für den Fall, dass Preussen-Elektra das Kraftwerk wie geplant abreißen darf. „Wir werden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit klagen“, kündigt Edo Günther an. „Zu sagen, wir ziehen uns mal zurück, die machen das schon, ist der falsche Weg“, sagt Babs Günther.

Mit dieser Position sind die Atomkraftgegner von Grafenrheinfeld nicht allein. Rund 250 Kilometer südöstlich von KKG steht in der Nähe von Landshut KKI 1, das Kernkraftwerk Isar 1. Mitte Januar erteilte das bayerische Umweltministerium den Betreibern, Preussen-Elektra und den Münchner Stadtwerken, die Genehmigung zur Stilllegung und zum Abbau der Anlage. Die Atomkraftgegner aber haben schon eine Klage dagegen eingereicht. Auch hier fordern sie, Alternativen zu prüfen – und im Zweifel die Bauteile an Ort und Stelle zu belassen und nicht aus dem Kraftwerk zu entfernen. Als ob sie Angst vor einem Leben ohne ihr Atomkraftwerk hätten.

Von heute auf morgen werden die Kühltürme aber ohnehin nicht verschwinden, weder an der Isar noch in Grafenrheinfeld, wo Babs und Edo Günther nun dagegen kämpfen, dass KKG abgerissen wird. Es dauert wenigstens 15, wahrscheinlich sogar 20 Jahre, so ein Kraftwerk zu entkernen. Erst danach ist die Gebäudehülle aus Beton an der Reihe. Noch jede Menge Zeit also, um sich an Deutschlands abgeschalteten Kernkraftwerken sattzusehen.